UNITED STATES DISTRICT COURT SOUTHERN DISTRICT OF NEW YORK		
GENERAL MOTORS CORPORATION and ADAM OPEL GmbH;	x : :	
Plaintiffs,	: : : : : : : : : : : : : : : : : : : :	AFFIDAVIT OF PAOLO BOTTINI
- against -	:	No. 08-CV-4999 (DAB)
FIAT S.p.A; FIAT AUTO HOLDING B.V.; and FIAT AUTO S.p.A.,	: :	1101 00 0 1 1333 (B1B)
Defendants.	: x	

Document 7

#### PAOLO BOTTINI, declares:

- 1. I am a partner at Bär and Karrer. I am a qualified Swiss lawyer and have practiced in Swiss law, including in the contractual area, for over 15 years.
- 2. Attached hereto as Exhibits A D are excerpts from Swiss treatises and cases that reflect the following well-settled principles of contract interpretation under Swiss law:
  - i) The fundamental principle of contract interpretation is to determine the intent of the parties.
  - ii) In making this determination, the language of the contract is the primary sign of the intention of the parties.
  - iii) That language should be given its plain meaning.
  - iv) Anyone alleging that a contract, or a contractual clause, should mean something different from what can be clearly understood from its wording has the burden of proving that the plain language does not govern.

I declare that the foregoing is true and correct.

Dated: July 22, 2008

Paolo Bottini

# WOLFGANG WIEGAND, Basler Kommentar Art. 1-519 OR, ed. Honsell/Vogt/Wiegand, 3<sup>rd</sup> ed., Basle and Frankfurt a.M., 2003, ad art. 18 CO N 18:

"... the language of the contract constitute the "primary sign of the intention of the parties" (BK-Kramer, N 22) and the language plays a predominant role with respect to the other means of interpretation when the latter do not clearly lead to another result".

### WOLFGANG WIEGAND, op. cit., ad art. 18 CO N 49:

<sup>&</sup>quot;anyone alleging that the parties had a common intention that is divergent from the objective understanding – in particular from the language - has the burden of proving this allegation" (DTF 121 III 123 seqq; ZK-Jäggi/Gauch, N 33, 42, 46; BK-Kramer, N 102).

# BASLER KOMMENTAR

zum Schweizerischen Privatrecht

# Obligationenrecht I

Art. 1-529 OR

3. Auflage

### Herausgeber

Heinrich Honsell
Professor an der Universität Zürich

Nedim Peter Vogt Rechtsanwalt in Zürich

Wolfgang Wiegand
Professor an der Universität Bern



Helbing & Lichtenhahn
Basel · Genf · München

### Art. 18 16-18

Erster Titel: Die Entstehung der Obligationen

in der Rechtsprechung fest verankert ist und deshalb erhebliche praktische Konsequenzen hat. Diese Konsequenzen liegen im Beweisrecht: Nach der Rechtsprechung des BGer ist die Ermittlung des wirklichen Willens im Wege der empirischen Auslegung als Tatfrage zu betrachten. Das BGer ist insoweit nach Art. 63 Abs. 2 OG an die vorinstanzlichen Feststellungen gebunden (vgl.BGE 126 III 29, 59 und 379;125 III 308; 118 II 366; 115  $\Pi$  269; 110  $\Pi$  292). Die objektivierte Auslegung nach Treu und Glauben gilt dagegen als Rechtsfrage und ist vom BGer überprüfbar (so zuletzt BGE 126 III 379 f. m.Nw.; 125 III 266; 121 III 118 ff, m.Nw.; 118 II 366; 117 II 278 f.; vgl. im Übrigen u.

# III. Der Vorgang der Auslegung

- 1. Streitlage und Behauptungslast
- a) Zu einem Auslegungsstreit im oben (N 9) dargelegten Sinne kommt es dann, wenn 16 die Parteien unterschiedliche Vorstellungen über die Bedeutung des Vertragstextes haben. Dabei ist es in der Regel so, dass eine Partei sich auf die «normale» Bedeutung des Vertragstextes stützt, während die Gegenpartei einen vom Wortlaut abweichenden Sinn des Vertrages behauptet. Dies ist die Konstellation, von der Art. 18 Abs. 1 im Falle der falsa demonstratio und der Simulation ausgeht (dazu u. N 44 ff.). Denjenigen, der sich auf den abweichenden Sinn beruft, trifft die Beweislast (BGE 97 II 208; 72 II 158 f.; 41 II 75; BK-KRAMER, N 13, 102 und 196 ff.; ZK-JÄGGI/GAUCH, N 33, 42 und 46; BUCHER, AT, 190). Das gilt auch im Fall des sog. externen Auslegungsstreites zwischen einem Dritten und einer oder beiden Vertragsparteien (dazu o. N 9).

Denkbar ist jedoch auch, dass beide Parteien eine unterschiedliche Deutung des Vertrages vertreten, die gleich weit vom Wortlaut entfernt ist, oder dass schlicht Zweifel über die Bedeutung eines bestimmten Wortes bestehen, die nicht ausgeräumt werden können (z.B. BGE 115 II 344 ff. = Pra 1990, 477 ff., «unentgeltlich»). In diesen Fällen kann über die Beweislast nur anhand der konkreten Streitlage entschieden werden (BGE 117 II 418).

b) Dem Richter, der im Streit über die Auslegung des Vertrages zu entscheiden hat, gibt das Gesetz keinerlei direkte Hilfsmittel an die Hand. Zwar geht das BGer in zahlreichen Urteilen von «allgemeinen Grundsätzen der Vertragsauslegung» (BGE 89 II 130) aus, hat diese jedoch nie präzisiert oder konkretisiert (ZK-JÄGGI/GAUCH, N 415). Gemeint ist damit die anerkannte Vorgehensweise bei der Auslegung von Verträgen, die zunächst auf den Wortlaut abstellt und von da ausgehend über weitere Indizien zur Ermittlung des wirklichen Willens schreitet. Die dabei einzusetzenden Erkenntnisquellen werden üblicherweise als Mittel der Auslegung bezeichnet. Die bei der Interpretation dieser Erkenntnisquellen anzuwendenden Grundsätze bezeichnet man als Regeln der Auslegung. Die Kommentierung folgt diesem Schema, wobei auch hier darauf hinzuweisen ist, dass es sich um eine Einteilung handelt, bei der die Übergänge fliessend sind.

# 2. Auslegungsmittel

Bei der Ermittlung des wirklichen Willens sind alle Tatsachen und Faktoren zu berücksichtigen, aus denen auf die Willenslage bei Abgabe der Vertragserklärung geschlossen werden kann. Infolgedessen gibt es nicht eine eigentliche Hierarchie der Auslegungsmittel. Wenn in der Literatur gelegentlich von primären und ergänzenden Auslegungsmitteln gesprochen wird (ZK-JäggI/GAUCH, N 344), so betrifft dies mehr die Reihenfolge der Prüfung als den Rang oder das Gewicht der Auslegungsmittel (so schliesslich

Erster Abschnitt: Die Entstehung durch Vertrag

19-22 Art. 18

auch ZK-JÄGGI/GAUCH, N 367 ff.). Mit diesem Vorbehalt kann man sagen, dass der Wortlaut der Vertragserklärungen das «primäre Willensindiz» (BK-KRAMER, N 22) darstellt und dass dem Wortlaut gegenüber den sonstigen Auslegungsmitteln dann ein Vorrang zukommt, wenn diese keinen sicheren Schluss auf einen anderen Sinn nahelegen (so zutreffend ZK-JÄGGI/GAUCH, N 369; GAUCH, Auslegung, Ergänzung und Anpassung, 215; typisch etwa BGE 117 II 622; 104 II 281; 82 II 385 ff.; 72 II 377 ff.; ZR 1982, 121).

#### a) Der Wortlaut

Case 1:08-cv-04999-DAB

Grundlage der Auslegung ist der Wortlaut entweder der von den Parteien abgegebenen Erklärungen oder des aufgrund solcher Erklärungen zustande gekommenen Vertragstextes. Bei dessen Interpretation ist zunächst auf den allgemeinen Sprachgebrauch abzustellen. Die Rechtsprechung verwendet Begriffe wie «Alltags- und Umgangssprache» oder etwa «populärer Sinn» (so BGE 72 II 232; vgl. z.B. BGE 118 II 345 = Pra 1993, 802, Obhutsklausel; BGE 116 II 347 = Pra 1991, 967; BGE 116 II 190; 115 II 169; 104 II 283, «Schlägerei bzw. Raufhandel»; 101 II 342 ff., «Bronchitis, Lumbago»; 97 II 74 f., «Taglohn»; 85 II 348 f., «Operation»; 82 II 453 f., «Einladen»; 82 II 385 «Verkauf, Gewinn»; 47 II 531, «nipoti»; vgl. auch BK-KRAMER, N 22; ZK-JÄGGI/GAUCH, N 347 ff.; GAUCH/SCHLUEP/SCHMID/REY, N 1206). Prinzipiell ist also vom allgemeinen Sprachgebrauch zur Zeit des Vertragsschlusses auszugehen (BGE 99 II 304; 97 II 74). Zur Feststellung des Wortsinns können neben der allgemeinen Lebenserfahrung auch Hilfsmittel wie Lexika herangezogen werden (z.B. BGE 116 II 190, «Drogen»; 115 II 269, «bei»; 82 II 453 f., «Einladen»; 66 II 191, «rixes ou bagarres»).

Ein individueller Sprachgebrauch kann jedoch unter Umständen Vorrang vor dem allgemeinen haben (BGE 87 II 239 ff., «Mitte September»; vgl. auch 82 II 385 f.; ZR 1986, 82). Traditionelles Schulbeispiel dafür ist die Verwendung einer Privatsprache (Bibliothek als Scherzbezeichnung für den Weinkeller, zum Ganzen BK-KRAMER, N 25; ZWR 1968, 298, «Skonto» anstatt Rabatt). Von besonderer Bedeutung ist dies deshalb, weil in internationalen Verträgen, aber auch in zunehmendem Masse in der Schweiz die amerikanische Vertragstechnik übernommen worden ist, bei der zu Beginn des Vertrages bestimmte Begriffe definiert werden (z.B. «Maschine im Sinne dieses Vertrages bedeutet...»); diese Technik wird neuerdings auch in der schweizerischen Gesetzgebung verwendet (vgl. etwa Produkthaftpflichtgesetz, Konsumkreditgesetz und die Erläuterungen dazu u.). Diese «definitions», die gerade der Vermeidung von Auslegungsschwierigkeiten dienen, gehen selbstverständlich einem anderen allgemeinen Sprachgebrauch vor. Man kann sie mit KRAMER auch als «authentische Vertragsinterpretation» bezeichnen (BK-KRAMER, N 25; GAUCH/SCHLUEP/SCHMID/REY, N 1207).

- Ähnlich ist es, wenn alle Vertragsbeteiligten einem spezifischen Berufs- oder Lebenskreis angehören. Dieses Sprachverständnis hat dann Vorrang vor dem allgemeinen, das gilt z.B. bei der Verwendung von technischen Ausdrücken oder etwa im Bereich des Bankgeschäftes beim Gebrauch bankspezifischer Fachausdrücke (z.B. BGE 94 II 159 f., «geeignetes Wasser»; 89 II 130, «Beteiligung»; 87 II 239 ff., «about»; 64 II 11 ff.; SJZ 1995, 54 f., »unbezahlter Check»; BK-KRAMER, N 23; ZK-JÄGGI/GAUCH, N 349; ZK-SCHÖNENBERGER/JÄGGI, Art. 1 N 260; GAUCH/SCHLUEP/SCHMID/REY, 1208).

Das Gleiche gilt prinzipiell für die Verwendung juristischer Fachausdrücke. Sind die verwendeten Begriffe von vornherein nicht eindeutig, so müssen sie wiederum mit Hilfe anderer Auslegungsmittel präzisiert werden (Schulbeispiel dafür ist der «Rücktritt vom Vertrag gemäss Art. 107 OR», vgl. dazu Art. 107 N 15 m.Nw.; ausserdem BGE 126 III 119 «Akontozahlung», dazu Wiegand, ZBJV 2002, 317, sowie BGE 119 II 373; 113

20

21

22

Art. 18 46-49

Erster Titel: Die Entstehung der Obligationen

schen Überprüfung nicht standhält, und es ist ebenso klar, dass die Abgrenzung zwischen irrtümlich und absichtlich falsch gewählten Bezeichnungen nur schwer möglich ist. Da dies alles jedoch hinsichtlich der in Abs. 1 ausgesprochenen Rechtsfolge keinerlei Konsequenzen hat, wird im Folgenden an den traditionellen Kategorien festgehalten.

- 2. Gemeinsames Missverständnis der Parteien (falsa demonstratio)
- a) Tatbestand
- aa) Die Nichtübereinstimmung von Bezeichnung und Willen kann auf einem gemeinsamen Missverständnis der Parteien beruhen, das gelegentlich auch als «Irrtum» bezeichnet wird. Im Gegensatz zu dem in Art. 23 ff. geregelten Irrtum berührt die Falschbezeichnung nicht die Willensbildung. Die Parteien sind sich, was ja Voraussetzung für die Anwendung des Art. 18 Abs. 1 ist, über die angestrebten Rechtsfolgen einig.
- bb) In Betracht kommen etwa folgende Fälle: Die Parteien versprechen oder verschreiben sich in gleicher Weise, sie meinen z.B. übereinstimmend «VW Golf Jahrgang 1991», schreiben im Kaufvertrag aber versehentlich «1981». Ähnlich ist die Konstellation, in der sich die Parteien über die Art der Berechnung des Preises vollkommen einig sind, sich aber versehentlich verrechnen. In diesem Fall kommt die Sonderregel von Art. 24 Abs. 3 zur Geltung, wonach das falsche Resultat einfach zu berichtigen ist («Kalkulationsirrtum», BGE 116 II 687; BK-KRAMER, N 85; vgl. auch BGE 119 II 341 = Pra 1994, 299 und Art. 24 N 30 f.). Möglich ist auch, dass sich die Parteien gemeinsam bestimmter Worte oder Ausdrucksweisen bedienen, die objektiv betrachtet einen ganz anderen Sinn haben, als die Parteien meinen. Sie irren somit gemeinsam und übereinstimmend über den objektiven Sinngehalt ihrer Erklärungen. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn sie ein (Fremd-)Wort übereinstimmend falsch verstehen (vgl. hier den in der Lehre viel zitierten Fall in RGZ 99, 147 ff: beide Parteien sind sich einig über den Kauf einer Schiffsladung Walfischfleisch, nennen im Vertrag aber das Wort «Haakjöringsköd», was Haifischfleisch bedeutet), wenn sie einen juristischen Sachverhalt falsch qualifizieren (also z.B. einen Pachtvertrag schliessen wollen, statt dessen aber aus Unkenntnis «Mietvertrag» schreiben; vgl. z.B. BGE 115 II 355 f., «Zins»; 76 II 157, «Garagemiete») oder wenn sie ihren Willen unvollständig äussern (z.B. BGE 106 II 230). Der Richter hat die Rechtsnatur des Vereinbarten von Amtes wegen zu ermitteln und die Wirksamkeit des Vertrages nach den dann anwendbaren Regeln zu prüfen (so zu Recht BK-KRAMER, N 84 m.Nw.; BGE 84 II 496).
- cc) Abs. 1 regelt auch den Fall, dass sich nur eine Partei falscher Worte bedient und der Vertragspartner diesen Irrtum zwar erkennt, den Vertrag aber, ohne den Kontrahenten darauf aufmerksam zu machen, in dessen Sinne abschliesst und so gelten lässt. Will er sich hingegen trotz erkanntem Irrtum auf den Wortlaut berufen, so verstösst er gegen Treu und Glauben, wobei hier Abs. 1 mangels natürlichen Konsenses gar nicht zur Anwendung gelangt, die Rechtsfolge aber identisch ist.
  - b) Beweislast und Rechtsfolge
- Wer den vom objektiven Verständnis insbesondere vom Wortlaut abweichenden («unrichtigen»), aber übereinstimmenden Willen der Parteien behauptet, hat ihn zu beweisen (BGE 121 III 123 f.; ZK-JÄGGI/GAUCH, N 33, 42, 46; BK-KRAMER, N 102).

Ist der tatsächliche übereinstimmende Wille bewiesen, so ist der Vertrag diesem subjektiven Willen entsprechend zustande gekommen. Der davon abweichende objektive Sinn-

Wolfgang Wiegand

### ERNST A. KRAMER, Berner Kommentar, Berne, 1986, ad art. 18 CO N 22:

"Language of the contract": it is the primary sign of the intention of the parties in case of expressly concluded contracts (Schönenberger/Jäggi, Art. 1 N 257 speak of a "primary means of the interpretation").

Schweizerisches Zivilgesetzbuch

# Das Obligationenrecht

Band VI, 1. Abteilung Allgemeine Bestimmungen

1. Teilband Allgemeine Einleitung in das schweizerische Obligationenrecht und Kommentar zu Art. 1–18 OR

Erläutert von
Dr. Ernst A. Kramer
Professor an der Hochschule St. Gallen für Wirtschaftsund Sozialwissenschaften
und
Dr. Bruno Schmidlin
Professor an der Universität Genf



Verlag Stämpfli & Cie AG, Bern 1986

Da sich der Vertrag aus zwei Willenserklärungen zusammensetzt, müssen beide nach der Regel des Art. 18 I interpretiert werden; d. h. es muss zuerst der wirkliche Wille jedes einzelnen Kontrahenten erforscht und erst anschliessend gefragt werden, ob die Parteien eine Willensübereinstimmung erzielen konnten. Bei Vertragsurkunden, die die Unterschriften beider Parteien tragen, geht es allerdings von vorneherein nur um die Interpretation dieses gemeinsamen Vertragstextes. Aber auch hier ist selbstverständlich zu fragen, wie ihn jeder der beiden Kontrahenten für sich verstanden hat. Es ist daher theoretisch konsequent, wenn § 133 BGB (im Unterschied zu Art. 18 I, der sich auf Verträge als Ganzes bezieht) von der Auslegung der einzelnen Willenserklärung nach dem sie tragenden «wirklichen Willen» ausgeht; anderseits wiederum verwirrend, wenn der auf Treu und Glauben abstellende § 157 BGB (der von der Vertragsauslegung handelt) den Eindruck erweckt, der wirkliche Wille habe bei der Vertragsinterpretation keine Bedeutung (s. schon o. N 4).

#### b) Mittel der Vertragsauslegung

- aa) Wortlaut: Bei ausdrücklichen Vertragsschlüssen ist primäres Willensindiz (Schönenberger/Jäggi, Art. 1 N 257, sowie Jäggi/Gauch, Art. 18 N 345, sprechen von einem «primären Auslegungsmittel») der Wortlaut der Vertragserklärungen. Der Wortlaut ist nach Art. 18 I zwar nicht unbedingt massgebend; er kann «unrichtig» sein, doch spricht dies selbstverständlich nicht gegen sein Primat als Auslegungsmittel.
- Bei der Wortinterpretation ist grundsätzlich davon auszugehen, dass die Parteien die von ihnen verwendeten Worte gemäss dem allgemeinen Sprachgebrauch, dem «sens habituel» zur Zeit und am Ort des Vertragsschlusses, «somit im Sinne der damaligen (Alltags)- oder (Umgangssprache) .... verwendet haben» (JÄGGI/GAUCH, Art. 18 N 348 mit zahlr. Nachw.; BGE 47 II 529 [531]; 72 II 225 [232]: «populärer Sinn»; 82 II 445 [452f.]; 104 II 281 [283]). Zur Feststellung dieses Sprachgebrauchs sind unter Umständen auch einschlägige Wörterbücher heranzuziehen (vgl. etwa BGE 66 II 190 [191]; 82 II 445 [453 f.]). Der landläufige Sinn eines Ausdrucks (BGE 59 II 318 [322]: «sens dans le langage courant, vulgaire et laïque») setzt sich unter Umständen auch gegen dessen davon abweichenden technischen Sinn durch. Dies betont das BGer vor allem bei der Interpretation Allgemeiner Versicherungsbedingungen (s. etwa BGE 59 II 318 [322]; 66 II 190 [191]; 82 II 445 [452]; 97 II 72 [76]; 104 II 281 [283]; NAEF, 48 ff.). Die Begründung dafür

# Decision of the Swiss Federal Tribunal (DTF) 117 II 622:

"because the language [of the contract] is the primary sign of the intention of the parties".

# 干加工

# Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts

(einschliesslich Entscheidungen des Eidgenössischen Versicherungsgerichts) aus dem Jahre 1991

# AMTLICHE SAMMLUNG

117. Band

II. Teil: Zivilrecht

# Arrêts du Tribunal Fédéral Suisse

(y compris les arrêts du Tribunal Fédéral des Assurances) rendus en 1991

# RECUEIL OFFICIEL

117° volume

II<sup>e</sup> partie: Droit civil

IRL IMPRIMERIES RÉUNIES LAUSANNE S.A.

Page 3 of 13

# XI. STRASSENVERKEHR CIRCULATION ROUTIÈRE

# 111. Auszug aus dem Urteil der I. Zivilabteilung vom 12. November 1991 i. S. X. Versicherungs-AG gegen K. A. (Berufung)

Selbstunfall einer Ehefrau mit dem Fahrzeug ihres Ehemannes, schwere Invalidität der Lenkerin, Haftung.

1. Art. 58 Abs. 1 SVG. Die Frage, wer unter den Begriff des Halters oder Mithalters fällt, ist nach den konkreten Umständen des Einzelfalles zu beantworten (E. 3).

2. Art. 48ter Satz 2 AHVG. Die darin enthaltene Haftungsbeschränkung zu Gunsten der in Art. 44 Abs. 1 UVG erwähnten Familienangehörigen ist ein Regress- und kein Haftungsprivileg (Präzisierung der Rechtsprechung; E. 4c/aa).

Aus dem in Art. 44 UVG statuierten Haftungsprivileg von Familienangehörigen lässt sich kein allgemeines Prinzip im Haftpflichtrecht herleiten (E. 4c/bb).

3. Art. 43 Abs. 1 OR. Das Überlassen des Fahrzeugs an ein Familienmitglied zum Besuch von Verwandten stellt keine Gefälligkeit des Halters dar, die eine Herabsetzung des Schadenersatzes rechtfertigt (E. 5c).

4. Art. 62 Abs. 3 SVG. Leistungen aus der Insassenunfallversicherung sind anzurechnen, wenn der Versicherungsvertrag nichts anderes vorsieht (E. 6a). Auslegung vorgeformter Versicherungsbedingungen (E. 6c).

5. Ersatz für Dauerschaden ist grundsätzlich in Form einer Kapitalsumme zuzusprechen (E. 10).

Accident sans implication de tiers causé par l'épouse avec le véhicule de son époux, invalidité grave de la conductrice, responsabilité.

1. Art. 58 al. I" LCR. Le champ d'application des termes de détenteur et de codétenteur doit être déterminé à la lumière des circonstances concrètes de l'espèce (consid. 3).

2. Art. 48ter 2° phrase LAVS. La limitation de responsabilité prévue à cette disposition en faveur des proches au sens de l'art. 44 al. 1st LAA constitue un privilège récursoire et non un privilège de responsabilité (précision de la jurisprudence; consid. 4c/aa).

On ne saurait tirer du privilège de responsabilité prevu à l'art. 44 LAA en faveur des proches un principe général du droit de la responsabilité civile (consid. 4c/bb).

3. Art. 43 al. 1<sup>er</sup> CO. Le fait de confier son véhicule à un membre de la famille pour une visite à des proches ne constitue pas un acte de complai-

AS 117 II - 1991

Strassenverkehr - Nº 111

9

sance du détenteur justifiant une réduction des dommages-intérêts (con-

Art. 62 al. 3 LCR. En l'absence de dispositions contraires du contrat d'assurance, il y a lieu d'imputer les prestations de l'assurance-occupants (consid. 6a). Interprétation de conditions générales d'assurance préimprimées (consid. 6c). La réparation du dommage permanent doit en principe être allouée sous la forme d'un capital (consid. 10). ncidente della circolazione, senza il coinvolgimento di terze persone, provocato dalla moglie con la vettura del marito; invalidità grave; responsabi-

Art. 58 cpv, 1 LCS. Il quesito di sapere chi nentra nella nozione di detentore o di codetentore deve essere risolto in base alle circostanze

Art. 48ter seconda frase LAVS. La limitazione della responsabilità previ-LAINF è un privilegio di regresso e non un privilegio di responsabilità sta da questa norma a favore dei parenti ai sensi dell'art. 44 cpv. (precisazione della giurisprudenza; consid. 4c/aa) della fattispecie.

Dal privilegio istituito dall'art. 44 LAINF a favore dei parenti non è possibile dedurre un principio generale del diritto della responsabilità civile (consid. 4c/bb)

Art. 43 cpv. 1 CO. La circostanza di affidare il proprio veicolo ad un membro della famiglia per una visita a parenti non rappresenta un favore del detentore giustificante una riduzione dell'indennizzo (con-

4. Art. 62 cpv. 3 LCS. Le prestazioni dell'assicurazione occupanti, in assenza di disposizioni contrarie del contratto di assicurazione, devono essere imputate. Interpretazione delle condizioni generali di assicurazione prestampate (consid. 6c).

In linea di principio il risarcimento del danno permanente deve essere assegnato sotto forma di prestazione in capitale (consid. 10). A. — Am 1. März 1979 war K. A. mit dem Personwagen ihres gefrorenes Schmelzwasser stark vereist, so dass das Fahrzeug schleuderte, von der Fahrbahn abkam und mit dem Wagendach del- und Hirnverletzungen. Gemäss den medizinischen Gutachten wird sie dauernd 80% arbeitsunfähig bleiben. Die X.-Versichecherung die Heilungskosten, das Spitaltaggeld, eine Invaliditätsentschädigung sowie weitere Taggelder. Hingegen lehnte sie jegliche Leistung als Haftpflichtversicherer des Halters und Eheman-Ehemannes unterwegs. In einer Waldpartie war die Strasse durch voran gegen zwei Bäume prallte, K. A. erlitt dabei schwere Schärungs-Aktiengesellschaft bezahlte aus der Fahrzeuginsassen-Versines der Geschädigten ab.

Solothurn-Lebern gegen die X.-Versicherungs-Aktiengesellschaft B. — K. A. klagte daher am 24. August 1984 beim Amtsgericht

auf Ersatz des aufgelaufenen Erwerbsausfalls sowie auf eine lebenslängliche und indexgebundene Rente von eventuell verlangte sie auch eine Genugtuung sowie anstelle der Rente eine vom Gericht zu bestimmende Kapitalzahlung. Mit Urteil vom 8. Januar/9. Februar 1987 sprach das Amtsgericht Fr. 2500.— für die künftigen Nachteile der Arbeitsunfähigkeit; K. A. Fr. 21764.— nebst Zins für den bisherigen Erwerbsausfall zu und verpflichtete die X.-Versicherungs-Aktiengesellschaft, für den künftigen Schaden eine indexierte Rente von monatlich tersjahr zu bezahlen; ab dem 63. Altersjahr war noch eine Rente Fr. 1960.--, abzüglich der jeweiligen IV-Renten, bis zum 62. Alvon Fr. 200 -- unter Berücksichtigung der seit dem Januar 1987 eingetretenen Teuerung zu entrichten. Die Zahlung einer Genugtuung wurde abgelehnt. monatliche,

Kantons Solothurn mit Urteil vom 8. November 1988/15. März 1990 die Einwände der X.-Versicherungs-Aktiengesellschaft gegen Auf Appellation beider Parteien verwarf das Obergenicht des eine grundsätzliche Hastung, mithin die Behauptungen, die Geschädigte sei Mithalterin des Fahrzeugs gewesen, sie habe die Betriebsgefahr selbst verwirklicht und zudem gelte zwischen Ehegatten das Haftungsprivileg naher Verwandter. Hingegen erachtete das Obergericht die von der Versicherungsgesellschaft geltend gemachten Herabsetzungsgründe im Umfange von 20% als ausgewiesen, nämlich 10% für ein leichtes Selbstverschulden sowie 10% für das Nichttragen der Sicherheitsgurten; eine weitere Reduktion wegen unentgeltlicher Überlassung des Fahrzeugs wurde abgewiebewertet. Den von der Geschädigten für die Erschwerung des sen. Bei der Berechnung des Schadens wurde die Arbeitsunfähigkeit als Hausfrau mit 50%, jene als Serviertochter mit 100% wirtschaftlichen Fortkommens zusätzlich geltend gemachten Betrag sowie Nachteile der Besteuerung schützte das Gericht nicht. versicherung an die Haftpflichtansprüche anzurechnen. Hingegen Abgewiesen wurde ferner das Begehren der Versicherungsgesellverneinte auch das Obergericht einen Genugtuungsanspruch der schaft, neben den Leistungen der IV jene aus der Insassenunfall-Fahrzeuglenkerin.

In teilweiser Gutheissung der Appellation von K. A. und in verpflichtete daher das Obergericht letztere, der Verunfallten bis cum Urteilstag für den bisherigen Erwerbsausfall Fr. 180 574.80 Abweisung derjenigen der X.-Versicherungs-Aktiengesellschaft nebst Zins zu 5% seit 8. September 1984 zu bezahlen. Für

Page 5 of 13

Zeit vom 16. März 1990 bis zum Eintritt der Klägerin ins AHV-Alter eine monatliche, zum voraus zahlbare und indexgebundene Rente von Fr. 3109.- zu entrichten, wobei die jeweiligen IV-Leistungen anzurechnen sind; ab dem 63. Alterswelche an die seit März 1990 eingetretene Teuerung anzupassen ist, zu bezahlen. Schliesslich hat die Versicherungsgesellschaft einen Teil der vorprozessualen Anwaltskosten der Klägerin im Betrag von Fr. 3500.— nebst Zins zu 5% seit 31. Mai 1985 zu ahr hat sie dann noch eine monatliche Rente von Fr. 1421.--, den künstigen Invaliditätsschaden hat die Versicherungsgesell übernehmen.

C. — Die Beklagte führt eidgenössische Berufung gegen das Urteil des Obergerichts und beantragt, die Klage abzuweisen.

neuen Entscheidung. Das Obergericht beantragt, die Berufung abzuweisen. Das Bundesgericht heisst die Berufung teilweise gut und verpflichtet die Beklagte, der Klägerin für den zukünftigen Die Klägerin schliesst auf Abweisung der Berufung, eventuell auf Rückweisung an die Vorinstanz zur Aktenergänzung und Invaliditätsschaden eine Kapitalabfindung von Fr. 493718.— anstelle einer Rente zu bezahlen.

# Aus den Erwägungen:

richt den Begriff des Motorfahrzeughalters und verletzt es dadurch Art. 58 SVG. Der Ehemann der Klägerin sei nicht alleiniger Halter, sondern nur Mithalter gewesen. In einer normalen Ehe werde mögen finanziert und von der ganzen Familie benützt. Wenn eine Mithalterschaft schon durch eine einfache Gesellschaft oder eine - a) Nach Auffassung der Beklagten verkennt das Obergelängere Miete begründet werden könne, gelte das umso mehr für die Ehegemeinschaft. Unter Mithaltern bestehe keine Haftung das Auto als Familienfahrzeug eingesetzt, aus dem Familienvernach Art. 58 SVG, weshalb die Klage abzuweisen sei.

b) Dem Strassenverkehrsgesetz liegt nicht ein formeller, sondern ein materieller Halterbegriff zugrunde. Danach ist als Halter derjenige aufzufassen, auf dessen eigene Rechnung und Gefahr der Betrieb des Fahrzeuges erfolgt und der zugleich über dieses und OFTINGER/STARK, Bd. II/2, S. 59 f., Rz 90; GIGER, Strassenverallenfalls über die zum Betrieb erforderlichen Personen die tatsächliche, unmittelbare Verfügung besitzt (BGE 92 II 42; 101 II 136; kehrsgesetz, 4. Aufl., S. 167; SCHAFFHAUSER/ZELLWEGER, Grund-

Fahrzeug nur gegeben, wenn die Haltereigenschaft für sämtliche riss des schweizerischen Strassenverkehrsrechts, Bd. II, Rz 871; Rz 65 ff.). Bei mehreren Personen ist Mithalterschaft am gleichen BUSSY/RUSCOM, Commentaire CS/TR, S. 324 Ziff. 2.3; DESCHE-NAUX/TERCIER, La responsabilité civile, 2. Aufl., S. 151 f., Personen zutrifft (BGE 99 II 319 E. 4). Der Begriff der Mithalterschaft ist zudem eng auszulegen (Deschenaux/Tercher, a. a. O., Rz 73 unter Hinweis auf BGE 101 II 136).

desgericht verbindlich fest (Art. 63 Abs. 2 OG), dass V. A. das Auto regelmässig für die Fahrt zur Arbeit benützt und es als c) Das Obergericht hält in tatsächlicher Hinsicht für das Bunfügung gestellt habe. Er sei für den eigentlichen Betrieb des Fahrzeugs verantwortlich gewesen und habe dessen Unterhalts- und Feuerwehrkommandant von Rüttenen dem Pikettdienst zur Ver-Betriebskosten bestritten. Seine Ehefrau habe den Wagen nur benützen können, wenn er ihn nicht benötigt habe; im übrigen sei K. A. im Zeitpunkt des Unsalls erst kurze Zeit im Besitze des Führerausweises gewesen und habe den Wagen bis dahin nur wenige Male allein gefahren, so dass nicht von einer regelmässigen Benützung gesprochen werden könne.

Soweit die Beklagte in ihrer Berufungsschrift das Beweisergebnis in Abweichung von der Vorinstanz würdigt, kann darauf nicht eingetreten werden (Art. 55 Abs. 1 lit. c OG; BGE 116 II 93 mit Hinweisen). Materiell ist ihr Einwand abzuweisen, kann doch die Klägerin nach dem Gesagten weder als Halterin noch als Mithalterin des Unfallwagens bezeichnet werden. Ob sie Mithalterin wäre, oder Bussy/Rusconi (a. a. O., S. 324, Ziff. 2.5, 2.6) nach Bedarf über das Fahrzeug ihres Ehemannes hätte verfügen können, ist nicht zu prüfen, da die Vorinstanz klar das Gegenteil festgehalten hat. Offen bleiben auch alle Fragen, die sich stellen, wenn etwa in einer Familie zwei Fahrzeuge vorhanden sind, die mehrheitlich ihren Eltern zusammenwohnen, das Fahrzeug eines Elternteils wenn sie gemäss KELLER (Haftpflicht im Privatrecht, Bd. II, S. 32) den, muss doch in jedem Einzelfall auf die konkreten Umstände von derselben Person gefahren werden, oder wenn Kinder, die mit benützen. Generell gültige Antworten können nicht gegeben werabgestellt werden. Dabei ist jeweils vom Halterbegriff auszugehen, der von Lehre und Rechtsprechung seit Jahren gleichbleibend umschrieben wird

d) Nichts ändert an diesem Entscheid der Einwand der Beklagen, die Geschädigte habe sich in einer «mithalterähnlichen Situa trassenverkehr - Nº 111

tion» befunden, denn die Kriterien zur Bestimmung des Halters sind die gleichen.

Begründung, gemäss einem im Haftpflichtrecht allgemein gültigen - a) Die Beklagte bestreitet ihre Haftung auch mit der Grundsatz gelte unter nahen Verwandten, insbesondere unter Ehenem Lebenspartner nur für grobe Fahrlässigkeit oder Absicht einzustehen habe. Das Prinzip der Haftungsprivilegierung von gatten, ein Haftungsprivileg, wonach ein Ehegatte gegenüber sei-Familienangehörigen werde von namhaften Autoren wie auch vom Bundesgericht in BGE 112 II 167 ff. vertreten. Das Obergericht spreche zwar von einer Haftungsbeschränkung unter Ehegatten, schliesse aber gleichzeitig ein Haftungsprivileg aus. Darin liege ein Widerspruch, der gegen Art. 44 Abs. 1 UVG bzw. Art. 129 KUVG in Verbindung mit Art. 48ter Satz 2 AHVG und Art. 52 IVG verstosse.

b) Die Vorinstanz hat das von der Beklagten geltend gemachte absolute Haftungsprivileg abgelehnt. Nach ihrer Meinung lässt tieren. Aus dem Ingress könne abgeleitet werden, dass das für die der AHV und IV versichert sind. Aus dem Inhalt des Urteils sich das Ergebnis von BGE 112 II 167 ff. unterschiedlich interpreobligatorische Unfallversicherung geltende Haftungsprivileg der Familienangehörigen auch auf Geschädigte anwendbar sei, die bei hingegen könne der Schluss gezogen werden, dass sich die Privilegierung der nahen Verwandten auf dem Gebiet der AHV und IV nicht auf die Haftung, sondern bloss auf den Regress beziehe. Das Obergericht vertritt die zweite Ausfassung.

c) In BGE 112 II 167 ff., in welchem die Frage zu beantworten war, ob die in Art. 44 Abs. 1 UVG vorgesehene Einschränkung der Haftpflicht auch einer Regressforderung der Sozialversicherung gemäss Art. 481er AHVG entgegengehalten werden könne, wenn gericht davon ausgegangen, dass der Gesetzgeber nicht die Absicht gehabt haben könne, einen Schadensverursacher von einem dem Art. 129 Abs. 2 KUVG bzw. Art. 44 Abs. 1 UVG identischen Haftungsprivileg profitieren zu lassen, weil die Leistungen von AHV/IV den Schaden im allgemeinen bei weitem nicht decken es um Ansprüche unter Familienangehörigen gehe, ist das Bundeswürden. Selbst wenn der Geschädigte nicht bei der SUVA versichert sei, könne das Regressrecht von AHV/IV gegenüber Famiienangehörigen des Geschädigten nicht ausgeübt werden.

aa) Streitig ist im vorliegenden Fall, ob die in Art. 48ter Satz 2 AHVG enthaltene Haftungsbeschränkung zu Gunsten der

In der Tat werden im angeführten Bundesgerichtsentscheid die Das heute sowohl einem dem UVG unterstellten Unfallversicherer UVG, Art. 48ter ff. AHVG, Art. 52 IVG) bedeutet, dass der beiden Begriffe nicht mit der wünschbaren Klarheit unterschieden. der für identischen Schaden einzustehen hat, unabhängig vom Art. 44 Abs. 1 UVG erwähnten Familienangehörigen als Haftungsprivileg oder als (blosses) Regressprivileg zu qualifizieren ist. als auch der AHV und IV zustehende Regressrecht (Art. 41 ff. Sozialversicherer für seine Leistungen gegen einen Haftpflichtigen, Haftungsgrund, aus dem der Haftpflichtige verantwortlich ist, den vollen Rückgriff hat (statt vieler vgl. Stark, Ausservertragliches Haftpflichtrecht, S. 219, Rz 1049 ff. mit Hinweisen auf die massgebende Literatur). Dieser Regress beruht auf einem gesetzlichen Forderungsübergang, auf Subrogation. Den ungedeckten Schaden, welcher nach der Leistung des Sozialversicherers dem Geschädigten noch verbleibt, kann dieser beim Haftpflichtigen als sogenannten Direkt- oder Restanspruch geltend machen (KELLER, Haftpflichtrecht im Privatrecht, Bd. II, S. 191).

ten und seinen Hinterlassenen ein Haftpflichtanspruch gegen den Ehegatten, einen Verwandten in auf- und absteigender Linie oder wenn der Belangte den Unfall absichtlich oder grobfahrlässig verursacht hat. Nach dieser zugunsten der genannten Personen über dem Hastpflichtigen, wenn der Schädiger den Unfall ohne Gemäss Art. 44 Abs. 1 UVG steht dem obligatorisch Versichereine mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebende Person nur zu, statuierten Beschränkung der Haftpflicht verliert der Versicherer seinen Rückgriff und der Geschädigte seinen Restanspruch gegen-Verschulden oder bloss leichtfahrlässig verursacht hat (BGE 104 II 261 ff. zu Art. 129 Abs. 2 KUVG; KELLER, a. a. O., S. 202; Ziff. 4). Art. 44 Abs. 1 UVG enthält demnach gegenüber Familien-MAURER, Schweizerisches Unfallversicherungsrecht, angehörigen ein Haftungs- und ein Regressprivileg.

abgeleitet werden. Dies geht zwar weder aus der Regeste noch aus Aus der Begründung in BGE 112 II 167 ff. kann entgegen der dem Wortlaut der Begründung klar hervor. Das Bundesgericht betont aber, dass die Sozialversicherungen den Versorgerschaden wendige Mindesteinkommen sicherstellen wollen. Es könne daher nicht der Sinn des Gesetzes sein, den Geschädigten durch eine Ausfassung der Beklagten richtigerweise nur ein Regressprivileg in den wenigsten Fällen ausreichend decken, da sie nur das notweiterreichende Haftungsbeschränkung noch mehr zu benachteili-

Page 6 of 13

lich absoluten, Personenschäden betreffenden Haftungsprivileg dert gelten sollten, sei es faktisch doch so, dass normalerweise übrigen Haftpflichtversicherungsverträge derartige Ansprüche nsbesondere Rz 979) fragt sich, ob wegen der engen persönlichen ausgegangen werden müsste. Selbst wenn die haftpflichtrechtlichen Grundsätze zwischen nahen Familienangehörigen unverän-Schadenersatzansprüche nicht geltend gemacht würden, und im grundsätzlich ausschlössen, ganz abgesehen davon, dass dieses Beziehung unter Familienangehörigen nicht von einem grundsätzenge Verhältnis Genugtuungsansprüche von vornherein ausschliessen dürfte. Aus der Tatsache, dass die haftpflichtrechtliche Inanspruchnahme von Familienangehörigen selten ist und im UVG das Haftungsprivileg unter Familienangehörigen im Gesetz ain für das gesamte Haftpflichtrecht geltendes Prinzip abgeleitet verankert ist, kann ausserhalb des Sozialversicherungsrechts nicht werden. Hiefür bedürfte es einer Änderung der allgemeinen Normen (Art. 41 ff. OR). BGE 112 II 167 ff. ist mit der angebrachten Präzisierung zu bestätigen. Damit ist aber auch der Vorwurf abzuweisen, das Obergericht habe in Anwendung dieses Entscheides Bundesrecht verletzt, werden doch hier Leistungen der IV nicht solche eines Versicherers nach dem UVG entrichtet, womit eine Haftungsprivilegierung ausgeschlossen ist.

5. — a) Nach Meinung des Obergerichts ist kein die Haftung ausschliessendes Verschulden (Art. 59 Abs. 1 SVG) der Klägerin gegeben. Hingegen bejaht die Vorinstanz ein leichtes Selbstver-Fahrweise, weil für die ortskundige Klägerin das Gefrieren von schulden der Geschädigten (Art. 59 Abs. 2 SVG) im Umfang von 20%. Dieses Selbstverschulden liege erstens in einer unangepassten geschmolzenem Schnee an der betreffenden Stelle voraussehbar gewesen sei, und weil sie aufgrund ihrer geringen Fahrpraxis hätte vorsichtiger fahren müssen. Sodann müsse der Klägerin das Nichttragen der Sicherheitsgurten als Verschulden angerechnet werden. Beide Herabsetzungsgründe seien mit je 10% in Anschlag zu brin-

sowie die Selbstverwirklichung der Betriebsgefahr durch die Lenkerin mit nachfolgender Selbstschädigung seien als Herabsetzungsgründe zu berücksichtigen. Dabei würden bereits das Selbstrerschulden und die Gefälligkeit für sich allein, auf jeden Fall aber Die Beklagte rügt die Festsetzung der Hastungsquote als bundesrechtswidrig. Nicht nur das Selbstverschulden, sondern auch die unentgeltliche Überlassung des Fahrzeugs aus Gefälligkeit

bb) Die Beklagte behauptet unter Hinweis auf verschiedene Lehrmeinungen, das Haftungsprivileg von Familienangehörigen gelte heute als allgemeines Prinzip im Haftpflichtrecht. Die Beklag-ZELLWEGER, Grundriss des schweizerischen Strassenverkehrsrechts, Bd. II, Rz 1848) vorab mit dem Haftungsprivileg gemäss S. 201 f.; MAURER, Schweizerisches Unfallversicherungsrecht, ZELLWEGER, a. a. O., Rz 1848). Einzig Schaer (Grundzüge des te verschweigt, dass sich die zitierten Autoren (KELLER, Bd. II, S. 566 ff., sowie derselbe, Ergänzungsband, S. 82; Schaffhauser/ Art. 129 Abs. 2 KUVG bzw. Art. 44 UVG auseinandersetzen und die Regressansprüche von AHV/IV ohne zu differenzieren nur am Rande erwähnen (MAURER, a. a. O., S. 567, Ziff. 4; SCHAFFHAUSER/ Zusammenwirkens von Schadenausgleichssystemen, Rz 964 mit einem Haftungsprivileg einher (Keller, Bd. II, S. 209).

sicherung solle nicht mit der linken Hand zurücknehmen, was sie mit der Rechten gegeben hat, weil dies als stossend bezeichnet

gen; das widerspräche nicht nur dem System, sondern liefe auch dem Grundgedanken des Gesetzes stracks zuwider. Die Sozialver-

Strassenverkehr - Nº 111

wird sowohl von Keller (Bd. II, S. 209) als auch von Boller (in

SVZ 54/1986, S. 304 f.) in diesem Sinne ausgelegt und von beiden Autoren unterstützt. MAURER (Schweizerisches Unfallversicherungsrecht, Ergänzungsband, S. 82) entnimmt dem Entscheid, dass die Haftungsbeschränkung zugunsten von Familienangehöri-

werden müsste (BGE 112 II 170 f. mit Hinweisen). Dieses Urteil

gen nur Platz greife, wenn der Verstorbene gemäss KUVG (heute

UVG) gegen Unfall versichert gewesen sei; er setzt sich indessen mit dem Haftungsprivileg und seiner Abgrenzung zum Regressprivileg nicht auseinander. MERZ (ZBJV 1988, S. 201 f.) scheint S. 49 f.), auf den in BGE 112 II 170 und 171 verwiesen wird, von einem Haftungsprivileg nach Art. 129 Abs. 2 KUVG (heute Art. 44 UVG) einerseits und von einem Regressausschluss nach Art. 48ter AHVG in Verbindung mit Art. 129 Abs. 2 KUVG

ten, ob der Schädiger gegen die Folgen seiner Haftpflicht versichert

anderseits, wobei beide Einschränkungen unabhängig davon gel-

nicht aber der Direktanspruch des Geschädigten beschnitten. Die neuartige Erscheinung eines Regressprivilegs geht also hier nicht

Ziff. 4 Abs. 3). Bei richtiger Interpretation von BGE 112 II 167 ff. wird durch das Regressprivileg nur der Rückgriff der AHV/IV,

ist (Srösset, a. a. O., S. 51; vgl. ferner Boller, a. a. O., S. 305,

dem Bundesgericht zuzustimmen. Im übrigen spricht bereits Srösser (Das Regressrecht der AHV/IV gegen den Haftpflichtigen,

Page 8 of 13

Strassenverkehr - Nº 111

chen Aufhebung der Haftung, mindestens aber zu einer ganz die Kumulierung der verschiedenen Reduktionsgründe zur gänzlimassiven Reduktion führen, umsomehr, als den Halter kein Ver-

zu gering gewichtet, sowie auf die Bemerkung, ein Abzug müsse len jede Substanzierung und Begründung der Rügen (Art. 55 b) Nicht einzutreten ist auf den Vorwurf, das Obergericht habe das Selbstverschulden zufolge unangepasster Fahrweise mit 10% auch zufolge Nichttragens der Sicherheitsgurten erfolgen. Es feh-Abs. 1 lit. c OG). schulden treffe.

ständlichkeit, allenfalls eine soziale Pflicht oder energiepolitische c) aa) Vor der Revision des SVG vom 20. März 1975 bestimmte Art. 59 Abs. 3 SVG, dass der Richter die Entschädigung ermässigen oder bei besonderen Umständen ausschliessen konnte, wenn der Verletzte oder Getötete aus Gefälligkeit unentgeltlich mitgeführt oder ihm das Fahrzeug aus Gefälligkeit unentgeltlich überlassen worden war. Erfasst wurden mithin die beiden Tatbestände des «Mitführens» sowie des «Überlassens». Bei der erwähnten Gesetzesrevision wurde diese Bestimmung ersatzlos gestrichen. keitsfahrten aus. Die im Parlament vorgetragenen Gründe waren rechtstatsächlicher und rechtspolitischer Natur - so etwa das Argument, das Mitführen anderer sei heutzutage eine Selbstver-Notwendigkeit ---, ferner versicherungspolitischer sowie rechtsdogmatischer Natur (Geisseler, Haftpflicht und Versicherung im revidierten SVG, Diss. Freiburg 1980, S. 13 ff. mit Hinweisen auf die einschlägigen Stellen in den Amtl. Bull. sowie Kommissionsprotokollen). Seit der Revision wird diskutiert, ob die Berückoder Fahrzeugentlehnern als Umstand im Sinne von Art. 43 Abs. 1 OR zur Ermässigung der Ersatzpflicht führt. Gegen eine schränkungen — für eine Ermässigung bei Gefälligkeit, so etwa senverkehrsrechts, Bd. II, Rz 1301), Oftmogra (Schweizerisches Das Gesetz schweigt sich also heute über die Folgen von Gefälligsichtigung der Gefälligkeit des Halters gegenüber Fahrgästen solche Möglichkeit der Reduktion spricht sich uneingeschränkt Die Mehrheit der Autoren plädiert — allerdings in unterschiedlichem Umfang und mit zahlreichen Differenzierungen sowie Ein-SCHAFFHAUSER/ ZELLWEGER (Grundriss des schweizerischen Stras-BUSSY/RUSCONI (N 4.6 zu Art. 59 SVG), BREHM (N 56 zu Art. 43 KELLER aus (Haftpflicht im Privatrecht, Bd. I, 4. Aufl., S. 245). Haftpflichtrecht, Bd. I, 4. Aufl., S. 275 f.), OFTINGER/STARK Schweizerisches Haftpflichtrecht, Bd. II/2, § 25 Rz 601 ff.),

Das Bundesgericht hat sich seit der Revision des SVG mit dem N 48), GEISSELER (a. a. O., S. 22 ff., insbesondere S. 38 f., 42 f.). Offengelassen wird die Frage von Bussy (SJK 914, 1978, N 38). Problem nicht befassen müssen. Die beiden Entscheide 59 II 465 und 101 II 139 f. betrafen Art. 37 Abs. 4 MFG bzw. Art. 59 OR), DESCHENAUX/ TERCIER (La responsabilité civile, S. Abs. 3 SVG.

nung an, lehnt im vorliegenden Fall jedoch den Reduktionsgrund der Gefälligkeitsfahrt ab mit der Begründung, das Überlassen des Autos an die Ehefrau stelle einen Ausfluss der ehelichen Beistandsbb) Das Obergericht schliesst sich der mehrheitlichen Lehrmeipflicht dar. Zudem habe die Fahrt der Pflege verwandtschaftlicher Beziehungen gedient.

Die Beklagte sieht Art. 43 sowie Art. 44 OR verletzt. Die These der Vorinstanz schliesse bei Annahme einer solchen Beistandspflicht eine Gefälligkeitsfahrt unter Ehegatten aus, weil sich diese gegenseitig das Auto zu überlassen hätten. Verfüge nun aber bald der eine, bald der andere über das Auto, so liege Mithalterschaft vor, was das Obergericht verneint habe. Die Geschädigte habe in einem fremden Wagen eine Gratisreise angetreten, sei also von der Pflicht entbunden worden; die öffentlichen Verkehrsmittel zu benützen. Somit habe eine Gefälligkeitsfahrt vorgelegen, die eine Kürzung des Schadenersatzes um mindestens 50% bedinge.

SVG ist hier nicht zu erörtern. Das Problem beschränkt sich auf gen, im speziellen gegenüber seiner Ehefrau. Dass vorliegend die Klägerin Mithalterin gewesen sei, ist bereits in E. 3 verneint wordie Gefälligkeit des Halters gegenüber seinen Familienangehöriden. Gemäss den verbindlichen Feststellungen der Vorinstanz hat die Klägerin das Auto benutzt, um ihre Eltern zu besuchen und käme im Ernst auf die Idee, von seinem Lebenspartner für ein sende Fahrt ausschliesslich dem einen Partner dient. Eine solche ihnen auf ihrem Landwirtschaftsbetrieb zu helfen. Kein Mensch solches Entgegenkommen ein Entgelt zu verlangen. Das Überlassen des Fahrzeugs zur Pflege von verwandtschaftlichen Beziehungen ist eine Selbstverständlichkeit, selbst dann, wenn die betref-Gefälligkeit gegenüber Verwandten oder nahestehenden Personen, die das Alltägliche, das unter Menschen übliche Mass an Grosszü-S. 42), stellt keinen Reduktionsgrund im Sinne von Art. 43 Abs. 1 cc) Die ganze Tragweite der Abschaffung von Art. 59 Abs. gigkeit, an Freundlichkeit nicht übersteigt (Geisseler, a. a.

«Anrechnung auf Haftpflichtansprüche.

pflichtentschädigungen angerechnet, für die der Halter oder Lenker selbst aufzukommen hat, sei es direkt dem Geschädigten gegenüber oder auf dem Werden infolge Unfalls eines Mitfahrers gegen den Halter oder Lenker den die bezahlten Leistungen aus der Unfallversicherung an solche Haftdes deklarierten Fahrzeuges Entschädigungsansprüche aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Haftpflichtbestimmungen geltend gemacht, so wer-Weg des Rückgriffes des Haftpflichtversicherers.»

nis gelangt, dass die Zahlung aus der Insassenunfallversicherung nur auf jene Haftpflichtentschädigung angerechnet werden solle, Das Obergericht ist durch Auslegung dieser Klausel zum Ergebfür die der Halter oder Lenker persönlich aufzukommen habe. Für die Haftpflichtansprüche des Lenkers dürse nichts anderes gelten als für jene der übrigen Fahrzeuginsassen. Unter den Begriff «Mitsahrer» salle nämlich auch der Lenker. Diese Auslegung sei nicht nur vom Wortlaut her möglich, sondern ergebe sich zudem aus der französischen Fassung der AVB der Beklagten, welche von «occupant» sprächen, worunter auch der Lenker falle,

Die Beklagte sieht in dieser Betrachtungsweise eine Verletzung rungsleistungen entspreche sowohl der Bundesgerichtspraxis als gung der Versicherung sei weder den AVB noch dem SVG zu die Vorinstanz sei unhaltbar. Es sei nicht unüblich, den Lenker von Art. 62 Abs. 3 SVG und eine falsche Auslegung ihrer Allgemeinen Versicherungsbedingungen. Die Anrechnung der Versicheauch dem allgemeinen Prinzip der Vorteilsanrechnung. Eine Unterscheidung zwischen direkter Belangung des Halters und Belanentnehmen. Die Interpretation des Begriffes «Mitfahrer» durch versicherungsrechtlich anders zu behandeln als den Mitfahrer; gerade bei der Insassenunfallversicherung könne der Lenker ausgeschlossen werden.

Kann der wirkliche Parteiwille nicht ergründet werden, ist auf den trauensgrundsatz aufgrund aller Umstände des Vertragsschlusses c) Die Auslegung vorgeformter Bestimmungen ist nach den gleichen Grundsätzen vorzunehmen wie die Auslegung anderer mutmasslichen Willen abzustellen. Letzterer ist nach dem Verzu ermitteln (BGE 113 II 51; 107 II 418 und 476). Dabei hat der Richter zu berücksichtigen, was sachgerecht ist, weil nicht anzuhaben. Da das dispositive Recht in der Regel die Interessen der Parteien ausgewogen wahrt, hat die Partei, die davon abweichen /ertragsbestimmungen (JÄGGI/GAUCH, Rz 464 zu Art, 18 OR) nehmen ist, dass die Parteien eine unangemessene Lösung gewollt will, dies mit hinreichender Deutlichkeit zum Ausdruck zu brin-

geltenden Bundesgerichtspraxis an (BGE 113 II 329 f. E. 2a mit die Geschädigte müsse aufgrund der von ihr gesetzten Betriebsgefahr einen Teil des Schadens selber tragen, ist unhaltbar und abzuweisen (vgl. dazu auch Oftinger/Stark, a. a. o., § 25 N 632 Hinweisen). Der von der Beklagten dagegen erhobene Einwand, e) Die Überlegungen der Vorinstanz zur Haftungsquote erweimit Hinweisen).

nach Art. 43 und Art. 44 OR abgelehnt. Es schliesst sich damit der

d) Völlig zu Recht hat das Obergericht die Selbstverwirklichung der Betriebsgefahr durch die Lenkerin als Herabsetzungsgrund

Strassenverkehr - Nº 111

sen sich somit als bundesrechtskonform. Damit bleibt es bei der von ihr vorgenommenen Reduktion von insgesamt 20%.

— a) Gemäss Art. 62 Abs. 3 SVG sind die Leistungen aus einer Unfallversicherung, deren Prämien vom Halter bezahlt wurden, auf seine Ersatzpflicht anzurechnen, wenn der Versicherungsvertrag nichts anderes vorsieht.

durch den Abschluss einer privaten Versicherung, für die er die will eine doppelte Schadensdeckung verhindert werden, ohne dass sich dies zum Nachteil des Geschädigten auswirkt, der unter allen Umständen den Betrag erhalten soll, auf den er Anspruch hat. Der Grundsatz der Kumulation von Art. 96 VVG hat keine Berechtiten abgeschlossen und die entsprechenden Prämien aus eigenen GER/STARK, a. a. O., S. 273 f., Rz 615-620 mit Hinweisen). Daran Diese Bestimmung beruht auf dem Gedanken, dass die Veroffichtung des Halters zur Schadensdeckung getilgt ist, soweit er Prämien bezahlt hat, für eine solche Deckung gesorgt hat. Damit gung mehr, wenn der Schadenersatzpflichtige identisch ist mit demjenigen, der die Unfallversicherung zugunsten des Geschädig-Mitteln bezahlt hat (BGE 97 II 273 E. 4a mit Hinweisen; OFTINist unverändert festzuhalten, gehen doch seit Jahren die Bestrebungen dahin, durch Regress- und Subrogationsbestimmungen Doppelzahlungen und Überentschädigungen im Haftpflichtrecht auszuschliessen bzw. einzuschränken.

rung mit Einschluss des Lenkers insgesamt Fr. 265180.--. Sie verlangt nun gemäss Art. 62 Abs. 3 SVG die Anrechnung ihrer gung, jedoch mit Ausschluss der Heilungskosten, im Umfange von b) Die Beklagte bezahlte der Geschädigten aus der bei ihr vom Ehemann der Klägerin abgeschlossenen Insassenunfallversiche-Leistungen für Spitaltaggeld, Taggeld und Invaliditätsentschädi-Fr. 220 680.— an die Ersatzforderungen aus der Haftpflichtversiherung. Art. 29 der AVB der Beklagten bestimmt.

8

frau als auch für die Erwerbstätigkeit. Aufgrund der Tatsache, dass die Klägerin viele leichtere Hausarbeiten und kleinere Einkäuse selber erledigen und weitgehend auch für sich selber sorgen kann, hat das Obergericht die konkrete Arbeitsunfähigkeit im

Haushalt nur mit 50% bewertet, was von der Beklagten nicht mehr

bestritten wird. Die Klägerin macht vorsorglicherweise geltend,

diese Bewertung sei zu niedrig. Soweit sie damit höhere als die von der Vorinstanz zugesprochenen Leistungen beansprucht, sind ihre

Vorbringen unzulässig. Im übrigen erschöpfen sich ihre Ausfüh-

higkeit der Geschädigten 80% sowohl für die Tätigkeit als Haus-

gen. Schliesslich gilt nach konstanter Rechtsprechung, dass gemäss der sogenannten Unklarheitenregel zweideutige Wendungen in allgemeinen, formularmässig vorgeformten Vertragsbedingungen im Zweifel zu Lasten ihres Verfassers auszulegen sind (BGE 115 im Zweifel zu Lasten ihres Werfassers auszulegen sind (AGE 115 chung)

aa) Die Bestimmung steht im Abschnitt «Unfallversicherung der Insassen». Sie sagt klar, dass Leistungen an Mitfahrer nur auf Ansprüche angerechnet werden, die gegenüber dem Halter persönlich erhoben werden oder die dieser aufgrund eines Regresses dem Haftpflichtversicherer erbringen muss, sowie auf solche, die die Versicherungsdeckung übersteigen. Keine Anrechnung soll erfolgen bezüglich der Ansprüche, die die Haftpflichtversicherung des Halters deckt. Zu prüfen bleibt damit die Frage, ob die Klägerin, die das Fahrzeug als einzige Insassin gelenkt hat, unter den Begriff «Mitfahrer» von Art. 29 AVB subsumiert werden kann.

bb) Haben wie hier zwei Begriffe, die unter einen gemeinsamen stimmten Stelle der allgemeine (Insasse) und nicht der spezielle Ausdruck (Mitfahrer) gedacht sein, denn der Wortlaut ist primäres Oberbegriff (Insassen) fallen, eindeutig Unterscheidungsfunktion, kann nicht leichthin angenommen werden, es solle an einer be-Willensindiz (KRAMER, N 22 zu Art. 18 OR). Eine isolierte Intergelten als «versicherte Personen die Insassen des deklarierten pretation einzelner Vertragselemente ist jedoch unstatthaft (KRA-MER, N 26 zu Art. 18 OR); die einzelne Vertragsbestimmung ist GAUCH, N 351 und 430 zu Art. 18 OR). Gemäss Art. 25 AVB Fahrzeuges, mit oder ohne Einschluss des Lenkers, je nach der getroffenen Vereinbarung». Der Lenker kann somit von der Unnicht zu solgern, wie die Beklagte meint, sie könne nach Art. 29 AVB einem wie hier unfallversicherten Lenker die Leistungen aus zu sagen. Vom Wortsinn her ist eindeutig, dass der Lenker Insasse anhand des Vertrages in seiner Gesamtheit auszulegen (JÄGGI/ fallversicherung ausgeschlossen werden. Daraus ist indessen noch der Insassenversicherung anrechnen, mithin diesen von der für die Mitfahrer geltenden Regelung ausschliessen, ohne dies auch klar (franz. «occupant») ist. Das Obergericht hat aus den französischen AVB der Beklagten, wo der Begriff «Mitfahrer» mit «occupant» wiedergegeben werde (Art. 29: «Lorsque, en cas d'accident d'un occupant...»), geschlossen, es erscheine undenkbar, dass die Beklagte einen Unterschied zwischen deutsch- und französischsprechenden Versicherungsnehmern habe machen wollen. Ein

jedenfalls nicht vom Versicherungsnehmer aus; dieser hat ohne Zweifel jedes Interesse daran, dass Art. 29 AVB auch zur Anwendung kommt, wenn er das Fahrzeug einem Dritten als Lenker überlässt. Ins Gewicht fallen sodann die AVB der übrigen Haftpflichtversicherungen, die durchwegs auch für einen Lenker die Anrechnung auf die Ansprüche beschränken, die gegenüber dem nünftiger Sinn, den Lenker auszunehmen, ist nicht ersichtlich verbindlich feststellt (Art. 63 Abs. 2 OG). Da die Beklagte im Vertrag den Lenker nicht in «bestimmter, unzweideutiger Fasschlossen hat (Art. 33 VVG; BGE 115 II 269 E. 5a), ist die Halter persönlich erhoben werden, wie das angefochtene Urteil sung» von der für die übrigen Insassen geltenden Regelung ausge-Auslegung der Vorinstanz bundesrechtlich nicht zu beanstanden. 7. — a) Die Klägerin verlangt für die Nachteile ihrer Arbeitsunfähigkeit Schadenersatz. Nach den medizinischen Expertisen von Prof. Dr. M. M. beträgt die bleibende, unfallbedingte Arbeitsunfa-

rungen in Kritik an. der vorinstanzlichen Beweiswürdigung und verletzen damit Art. 55 Abs. 1 lit. c OG (BGE 116 II 93 E. 2).

b) Die Beeinträchtigung der Klägerin in der Haushaltführung berechnet das Obergericht in Anlehnung an BGE 108 II 434 konkret mit der Begründung, es mache für die Bewertung der Hausfrauenarbeit keinen Unterschied aus, ob es wie dort um einen Versorgerschaden oder wie hier um eine Invaliditätsentschädigung gehe. Zur Ermittlung des Zeitaufwandes für den Haushalt sei auf das Modell «Haushalt IV» der Studie von Anna Regula Brüngern, Die Bewertung des Arbeitsplatzes in privaten Haushalten, abzustellen. Gestützt darauf ergebe sich vorliegend ein Aufwand der Geschädigten für den Haushalt von 36 Stunden pro Woche. Entsprechend der Arbeitsunfähigkeit von 50% betrage der zu entschädigende Ausfall 18 Stunden. Der Wert einer Arbeitsstunde belaufe sich heute auf Fr. 22.70.

22

Strasscaverkehr - Nº 111

624

c) Die Beklagte anerkennt den Stundenansatz und die Berechnung dieses Schadens (BGE 113 II 351 E. 2; 108 II 434 ff.) gemäss «Haushalt IV» der Untersuchung BRÜNGGER sowie den Grundsatz, dass der Ausfall für die Angehörigen ebenfalls zu entschädigen ist. Hingegen verlangt sie, dass ein Teil der von den Familienmitgliedern übernommenen Haushaltarbeit mitberücksichtigt und der vom Obergericht errechnete Ausfall von 18 Stunden um 25% auf rund 13 Stunden pro Woche reduziert werde.

Es kann offenbleiben, ob die Behauptung der Beklagten, das Obergericht habe bundesrechtswidrig eine Schadenminderung von rund 25% nicht vorgenommen, überhaupt nach Art. 55 Abs. 1 lit. c OG genügend substanziert ist, denn es wird mit keinem Wort dargelegt, weshalb die Reduktion gerade einen Viertel ausmachen sollte. Die Rüge ist auf jeden Fall abzuweisen, wird doch im Sonderfall des Hausfrauenschadens von Lehre und Rechtsprechung nicht übersehen, dass die weiteren Familienangehörigen im Haushalt mithelfen (Brehm, N 118 zu Art. 46 OR; BGB 101 II 261 E. 1b). Diese Mithilfe ist nun aber in der Studie Brünschen, welche der Ermittlung der Wochenstunden im angefochtenen Urteil zugrunde liegt, bereits erfasst (Brünschen, a. a. O., S. 21 f., S. 32 f.). Ein doppelter Abzug indessen ist ausgeschlossen.

d) Der vom Obergericht bis zum Urteilstag berechnete Schaden aus Beeinträchtigung in der Haushaltführung im Betrag von Fr. 200237.80 ist somit zu bestätigen.

8. — Nicht mehr zur Diskussion steht die Erwerbstätigkeit der Klägerin. Die Beklagte hat sich damit abgefunden, den Arbeitsausfall von Fr. 105 167. — bis zum Urteilstag zu ersetzen.

Erwerbstätigkeit mit 100%, weil die Arbeitsunfähigkeit für die Erwerbstätigkeit mit 100%, weil die Klägerin die ihr nach dem Unfall verbleibende Arbeitsfähigkeit voll ausgeschöpft habe, wenn sie die Haushaltarbeiten noch zu 50% besorge. Die Beklagte rügt die Vernachlässigung der Restarbeitsfähigkeit als Verletzung von Bundesrecht.

Nach schweizerischer Lehre und Rechtsprechung ist der Invaliditätsschaden konkret zu berechnen. Ausgehend vom abstrakten Invaliditätsgrad sind dessen Auswirkungen auf die Verminderung der Erwerbsfähigkeit oder die Erschwerung des wirtschaftlichen Fortkommens zu bestimmen. Aus dem wirtschaftlichen Schadensbegriff folgt, dass eine bei Teilinvalidität theoretisch verbleibende Erwerbsfähigkeit haftpflichtrechtlich unberücksichtigt bleiben muss, wenn sie wirtschaftlich nicht mehr nutzbar ist, der Geschä-

digte somit keine Möglichkeit mehr hat, mit der ihm aus medizinischer Sicht verbliebenen Erwerbsfähigkeit ein Einkommen zu realisieren (BGE 113 II 347 f. mit zahlreichen Hinweisen). Bs müssen Aussichten auf eine relativ sichere Erzielung eines nicht unbedeutenden Erwerbes bestehen (Brehm, N 82 zu Art. 46 OR; Schaffer HAUSER/ZEILWEGER, a. a. O., Rz 1218).

Das Bundesgericht hat im zitierten Entscheid eine theoretisch verbleibende Restarbeitsfähigkeit für die Erwerbstätigkeit von 15% als wirtschaftlich nicht nutzbar qualifiziert. Zum gleichen Ergebnis kommt man im vorliegenden Fall. Nach verbindlicher Feststellung des Obergerichts beträgt die Arbeitsfähigkeit der Klägerin auf dem Arbeitsmarkt 20%. Eine solch geringe Arbeitsfähigkeit wäre allenfalls in einem hochspezialisierten Beruf noch realisierbar. Die Klägerin war indessen in früheren Jahren im Service und nach der Geburt ihres Kindes als Heimarbeiterin beschäftigt. In diesen Wirtschaftszweigen ist eine Einsatzmöglichkeit von 20% schwerlich umzusetzen. Das gilt umsomehr, als die Klägerin nach wie vor unter sporadisch auftretenden Bewusstseinsstörungen, die zwei bis drei Tage dauern, sowie unter aggressiven Phasen leidet.

10.—a) Die Vorinstanz hat den zukünftigen Invaliditätsschaden in Abweichung von der geltenden Rechtsprechung in Formeiner indexierten Rente zugesprochen, wobei die Rente für die aus der Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit bis zum Eintritt der Klägerin ins AHV-Alter zu entrichten sind. Das Obergericht beermögliche die effektive Entschädigung eines Dauerschadens besten.

des Zivilgerichts des Kantons Basel-Stadt vom 12. August 1985 (BJM 1986, S. 148 ff.) aufgezeigten überwiegenden Vorteile der Kapitalabfindung rügt die Beklagte eine weitere Bundesrechtsverletzung. Demgegenüber hält die Klägerin an der Zusprechung einer indexierten Rente fest.

c) Das Obergericht setzt sich weder mit den Vor- und Nachteilen der Kapital- oder Rentenlösung im allgemeinen noch mit der gefestigten Bundesgerichtspraxis und der mit dieser übereinstimmenden überwiegenden Lehrmeinung im speziellen auseinander, sondern schliesst sich kritiklos dem klägerischen Antrag auf Zusprechung einer indexierten Rente an. In der Tat äussert sich das Gesetz nicht darüber, in welcher Form der Schaden ersetzt werden

AS 117 II — 1991

Strassenverkehr - Nº 111

muss (Art. 43 OR). Es überlässt den Entscheid dem Richter, der nicht an die Parteianträge gebunden ist (vgl. die bei Staufferek Schaetzle in Rz 578 zusammengestellte Literatur und die in Rz 580 daran geübte Kritik). Das Bundesgericht hat mit einer Ausnahme bei einem dreijährigen Kind (BGE 81 II 168 E. 5) in ständiger Praxis der Kapitalabfindung den Vorzug gegeben und dies in BGE 112 II 129 E. 5f bestätigt. Bei aussergenichtlichen Erledigungen wird in aller Regel ebenfalls ein Kapital vereinbart (STAUFFER/SCHAETZLE, a. a. O., Rz 582 mit Hinweisen auf die übrige Literatur). Oftworen hält fest, dass die Rente so schwere Nachteile, das Kapital so grosse Vorteile habe, dass die Rente nur ganz ausnahmsweise in Betracht falle (Oftwoer, Bd. I, S. 217, Ziff. 1).

Es kann nicht bestritten werden, dass die beiden Schadenersatzformen sowohl Vor- als auch Nachteile aufweisen (vgl. die Zusammenstellungen bei Staufferk/Schaftzle, a. a. O., Rz 583 ff., und bei Bretha, N 8 ff. zu Art. 43 OR). Die Frage, in welcher Gestalt dem Geschädigten der Schadenersatz zuzusprechen ist, muss daher konkret, unter Abwägung aller Umstände, beantwortet werden. Vorliegend macht die Klägerin mehrfach geltend, es liege ein Ausnahmefall vor, welcher nach einer indexierten Rente rufe. Sie führt aber mit keinem Wort aus, welche Besonderheit die zu beurteilende Streitsache aufweist, die die Zusprechung einer Renterechtfertigen würde. In der Tat ist denn auch nicht ersichtlich, welche Gründe für eine Ausnahme sprechen.

Wird an der bisherigen Bundesgerichtspraxis festgehalten, so muss nicht entschieden werden, ob im Falle einer Rente auch der Antrag auf deren Indexierung gutgeheissen werden könnte, spricht sich doch die Klägerin ausdrücklich gegen eine nicht indexierte Rente aus.

d) Damit ist die Berufung in diesem Punkt gutzuheissen, und der zukünftige Hausfrauenschaden sowie der zukünftige Erwerbsausfall sind in Form einer Kapitalsumme abzugelten.

11.—a) Das Obergericht hält fest, dass die Klägerin bis zum Urteilstag von der Invalidenversicherung Leistungen in der Höhe von Fr. 121543.— bezogen hat. Es rechnet diese Leistungen auf die Ersatzansprüche voll an.

Unter Berufung auf Art. 48quater Abs. 1 AHVG, der nach Art. 52 IVG für die Invalidenversicherung gilt, bringt die Vorinstanz für den Rückgriff der IV das sogenannte Quotenvorrecht zur Anwendung. Ein Vergleich der Haftpflichtansprüche mit den

IV-Renten zeige sofort, dass der auf 20% festgesetzte Abzug für das Selbstverschulden der Klägerin nie die Leistungen erreiche, welche die IV für die entsprechende Zeit erbringe, weshalb auch kein Abzug vorzunehmen sei. Da die IV-Rente auf die Zeit vom 1. Februar 1980 bis zum Bintritt der Klägerin ins AHV-Alter beschränkt sei, sei das Selbstverschulden für die Zeit vom 1. März 1979 bis 31. Januar 1980 sowie nach dem Erreichen des AHV-Alters der Geschädigten zu berücksichtigen.

b) Die Beklagte rügt eine Verletzung von Art. 59 SVG sowie Art. 43 und 44 OR. Die Nichtberücksichtigung des Selbstverschuldens während der Zeit der IV-Leistungen verstosse gegen die Grundsätze der Schadensberechnung. Das Quotenvorrecht habe begrifflich nichts mit dem Selbstverschuldensabzug oder andern Kürzungsfaktoren zu tun, sondern sei ein Institut der Rückgriffsbeschränkung.

ziert entgegengenommen wird — haltlos. Wird einem Geschädigpflichtigen oder dessen Haftpflichtversicherer gemäss Art. 88 SVG so können Versicherer ihre Rückgriffsrechte gegen den Haftgen Dritten oder dessen Haftpflichtversicherer belangt und dabei c) Der Vorwurf ist --- sofern er überhaupt als genügend substan ten durch Versicherungsleistungen der Schaden nicht voll gedeckt, nur geltend machen, soweit dadurch der Geschädigte nicht benachteiligt wird. Gemäss Art. 88 SVG steht dem aus einer Versiseinem eigenen, kraft Subrogation vorgehenden Versicherer in Konkurrenz tritt, bis zur Höhe seines vollen esfektiven Schadens cherung anspruchsberechtigten Geschädigten, der den haftpflichtidie Priorität zu, und zwar selbst im Falle eines leichten oder schweren Selbstverschuldens (BGE 93 II 407 ff., 423 E. 6). Dieses vom Bundesgericht aus Art. 88 SVG abgeleitete Quotenvorrecht des Geschädigten wurde spater aus dem Bereich des SVG gelöst und auf das ganze Haftpflichtrecht angewendet (für Einzelheiten Vgl. Keller, Bd. II, S. 191 ff.; Oftinger/Stark, a. a. O., § 26 Rz 428 f.). Dieses Privileg will den Geschädigten nicht bereichern, sondern vor ungedecktem Schaden bewahren. Von einer Bereicheversicherers und des Dritten oder dessen Haftpflichtversicherung den Schaden nicht voll decken; das lässt sich erst sagen, wenn ihre Leistungen über den zu ersetzenden Schaden hinausgehen (BGE rung kann aber keine Rede sein, solange die Leistungen des Sozial-113 II 91 E. 2; vgl. ferner 113 II 330 E. 2b). Dies ist vorliegend - wie das Obergericht verbindlich (Art. 63 Abs. 2 OG) festgestellt nat - nicht der Fall Strassenverkehr - Nº 111

(BGE 96 II 446 B. 6 mit Hinweisen). Diese ständige Praxis hat sich bewährt und wirkt sich positiv auf die Rechtssicherheit aus Rz 654 sowie insbesondere Rz 1132 ff. mit zahlreichen Hinweisen auf Rechtsprechung und Literatur), weshalb daran festzuhalten ist. (Stauffer/Schaetzle, a. a. O.,

> b) Zu prüfen bleiben lediglich zwei vorsorglich erhobene Einwendungen der Klägerin.

aa) Nicht einzutreten ist auf die Rüge, bei der herkömmlichen Kapitalwertberechnung aufgrund eines Kapitalisierungszinses von Ob die Klägerin mit einer realen Erhöhung ihres Lohnes hätte 3 1/4 % würden zukünftige Reallohnerhöhungen nicht ausgeglichen. rechnen können, ist ein Element der Schadensermittlung und damit Tatfrage. Das Obergericht führt aus, die Geschädigte hätte kein wesentlich höheres Erwerbseinkommen erzielt. Mit dieser für das Bundesgericht verbindlichen Feststellung (Art. 63 Abs. 2 OG) werden auch Reallohnerhöhungen verneint. Zudem ist die klägerische Behauptung offensichtlich neu und deshalb unzulässig, wurde doch im kantonalen Verfahren lediglich geltend gemacht, die Geschädigte hätte einmal die Leitung eines Tea-Rooms übernehmen wollen.

geren Kapitalisierungszins als 31/2%, nämlich mit 0% oder sogar bb) Abzuweisen ist die Behauptung, es müsse mit einem niedrimit einem Negativzins, gerechnet werden.

sichtigen (BGE 113 II 332 mit Hinweisen; ebenso die herrschende satz, die Geldentwertung bei der Schadensberechnung ausser acht zu lassen, wird insofern relativiert, als das Bundesgericht im Scha-Gemäss konstanter Rechtsprechung des Bundesgerichts ist die Lehre gemäss Stauffer/Schaetzle, a. a. O., Rz 653). Der Grunddenersatzrecht seit 1946 einen Kapitalisierungszinsfuss von 31/2% anwendet, welcher die Geldentwertung teilweise berücksichtigt zukünftige Teuerung bei einer Kapitalabfindung nicht zu berück.

rungen teilweise gutgeheissen (E. 10d), so stellt sich weiter die Frage, ob das Bundesgericht die Kapitalisierung selber vornehmen

12. — a) Wird die Berufung im Sinne der vorstehenden Ausfüh.

Strassenverkehr - Nº 111

kann oder die Streitsache an die Vorinstanz zurückweisen muss. Grundsätzlich ist die Bestimmung des Schadens eine vom kanto-

nalen Richter abschliessend zu beurteilende Tatfrage, und als Rechtsfrage kann das Bundesgericht im Berufungsverfahren bloss

prüfen, ob die Vorinstanz den Rechtsbegriff des Schadens ver-

BGE 116 II 444 E. 3a; 113 II 346 E. 1 mit Hinweisen). Vorliegend kannt oder Rechtsgrundsätze der Schadensberechnung verletzt hat

sind nun aber die für die Kapitalisierung massgeblichen Sach-

verhaltselemente — Alter der Geschädigten, Invaliditätsgrad,

Es bedarf folglich keiner Rückweisung im Sinne von Art. 64

- aus dem angefochtenen Entscheid ersichtlich.

Erwerbsausfall

Abs. 1 OG.

# Decision of the Swiss Federal Tribunal (DTF) 104 II 283:

determinative is "the meaning, which the words used [in the contract] customarily have in the daily use of the language".

# DTF 104 11 281 - 285 811

# Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichtes

(einschliesslich Entscheidungen des Eidgenössischen Versicherungsgerichts)
aus dem Jahre 1978

#### AMTLICHE SAMMLUNG

104. Band

II. Teil: Zivilrecht

# Arrêts du Tribunal Fédéral Suisse

(y compris les arrêts du Tribunal Fédéral des Assurances) rendus en 1978

#### **RECUEIL OFFICIEL**

104° volume

IIe partie: Droit civil

IMPRIMERIES RÉUNIES S.A. LAUSANNE

Filed 07/23/2008

#### VI. VERSICHERUNGSVERTRAG CONTRAT D'ASSURANCE

#### 47. Urteil der II. Zivilabteilung vom 5. Oktober 1978 i.S. Waadt-Versicherungen gegen Martinez Garcia und Lobato Gonzales

Versicherungsvertrag; Auslegung einer Ausschlussklausel bei einer Unfallversicherung (Art. 33 VVG).

- 1. Die Auslegung einer gefahrenbeschränkenden Abrede richtet sich nach der Bedeutung, die den verwendeten Wörtern im täglichen Sprachgebrauch üblicherweise zukommt (E. 2)
- 2. Begriff der Schlägerei bzw. des Raufhandels (E. 3).

Contrat d'assurance; interprétation d'une clause d'exclusion dans un contrat d'assurance-accidents (art. 33 LCA).

- 1, L'interprétation d'une convention limitant le risque se fait selon le sens que les mots employés ont ordinairement dans l'usage quotidien du langage (c, 2).
- 2. Notion de bagarre, respectivement de rixe (c. 3).

Contratto d'assicurazione; interpretazione di una clausola d'esclusione in un contratto d'assicurazione contro gli infortuni (art. 33 LCA).

- 1. L'interpretazione di una clausola contrattuale che limita il rischio va effettuata secondo il senso che le espressioni usate hanno normalmente nell'uso quotidiano della lingua (consid. 2).
- 2. Nozione di zuffa e di rissa (consid. 3).

In der Nacht vom 14. auf den 15. August 1975 wurde der spanische Staatsangehörige Ramon Martinez Lobato im Personalhaus der Gärtnerei Rathgeb in Nürensdorf von einem Arbeitskollegen, dem Jugoslawen Sukri Serifi, erstochen, nachdem sich die beiden zuvor in einer tätlichen Auseinandersetzung gegenübergestanden hatten, an der auf seiten des Opfers auch dessen Bruder Eleuterio und Gonzalo Pedraz, ebenfalls ein Spanier, beteiligt gewesen waren. Ramon Martinez Lobato war durch eine Kollektiv-Unfallversicherung seines Arbeitgebers bei der «Waadt» versichert. Seine Eltern, Casimiro Martinez Garcia und Petra Lobato Gonzales, erhoben in der Folge Anspruch auf die für den Tod durch Unfall vorgesehene Versi283

den tausendfachen Taglohn. Die «Waadt» nes sei auf einen Raufhandel zurückzuführen und daher gemäss hielt ihnen jedoch entgegen, die tödliche Verletzung ihres Soh-Art. 5 lit. c der Allgemeinen Bedingungen für die Kollektiv-Unfallversicherung (AVB) von der Versicherung ausgeschloscherungssumme,

Versicherungsvertrag - Nº 47

(II. Abteilung) eine von Casimiro Martinez Garcia und Petra Lobato Gonzales gegen die «Waadt» eingereichte Klage gut Zins seit 14. August 1975 zu zahlen. Zur Begründung führte es genen Schlägerei Beteiligten zuvor durch Dritte getrennt worden seien und sich in verschiedene Räume des Personalhauses Mit Urteil vom 17. Mai 1977 hiess das Bezirksgericht Bülach und verpflichtete diese, den Klägern Fr. 50330.- nebst 5% im wesentlichen aus, der Messerstich von Sukri Serifi sei nicht als Teil eines Raufhandels zu werten, da die an der vorangeganzurückgezogen hätten.

Das Obergericht des Kantons Zürich (I. Zivilkammer) ersung für unbegründet, änderte allerdings das erstinstanzliche klärte am 13. März 1978 die von der Beklagten erhobene Beru-Urteil insofern ab, als es festlegte, der den Klägern zugesprochene Betrag sei erst vom 21. Januar 1976, dem Tag der Inverzugsetzung, an zu verzinsen.

Zürich als auch Berufung an das Bundesgericht erhoben. Mit Die Beklagte hat gegen das obergerichtliche Urteil sowohl Nichtigkeitsbeschwerde an das Kassationsgericht des Kantons der Berufung stellt sie folgende Anträge:

tes des Kantons Zürich sei aufzuheben, und es sei die Klage vollumfänglich abzuweisen; eventuell sei die Klage im Ausmass von Fr. 12582.50 «1. Ziff. 1 des Urteilsdispositivs der I. Zivilkammer des Obergerich-(1/4 der Versicherungssumme) gutzuheissen.2. Eventuell sei die Streitsache zur Beweisabnahme und Neubeurtei-

ung an die Vorinstanz zurückzuweisen.»

Die Kläger schliessen auf Abweisung der Berufung.

# Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

lungen des Bezirksgerichtes. Dieses hatte ausgeführt, man könne davon ausgehen, dass Sukri Serifi von Ramon Martinez Lobato, dessen Bruder Eleuterio und Gonzalo Pedraz im Ver-1. — Zu den Geschehnissen, die dem tödlichen Messerstich vorangegangen waren, verweist die Vorinstanz auf die Feststel-

aufe einer tätlichen Auseinandersetzung arg zusammengeterer Personen, namentlich des Onkels der Gebrüder Martinez, Florentino Martinez, seien die Streitenden alsdann getrennt worden. Die Spanier hätten sich in die für sie reservierte Küche begeben, während Serifi von seinem Landsmann Arif Limani und einem weiteren Hausbewohner in den Aufenthaltsraum geführt worden sei. In der Folge sei Serisi mit einem Messer in der Hand in die Küche eingedrungen und habe auf die Spaschlagen worden sein müsse. Durch das Dazwischentreten weinier eingestochen, wobei Ramon Martinez Lobato tödlich verletzt worden sei.

Das Bezirksgericht hatte weiter festgehalten, es habe nicht zweifelsfrei abgeklärt werden können, wieviel Zeit zwischen der frennung der Streitenden und dem Angriff Serifis mit dem Messer verstrichen sei. Nach seiner Ansicht dürste es sich um wenige Minuten gehandelt haben. Die Vorinstanz stellt unter Hinweis auf die Akten der Bezirksanwaltschaft Bülach, die die Strafuntersuchung gegen Serifi geführt hatte, fest, es seien wenige bzw. einige Minuten gewesen.

renbeschränkende Abrede ist nur insofern wirksam, als sie einzelne Ereignisse in bestimmter, unzweideutiger Fassung von setzung im einzelnen Fall erfüllt sei, beurteilt sich nach der 2. — Gemäss Art. 5 lit. c der AVB der Beklagten sind von der Versicherung unter anderem ausgeschlossen «die bei Schlägereien und Raushändeln erlittenen Verletzungen». Eine gesahder Versicherung ausschliesst (Art. 33 VVG). Ob diese Voraus-Bedeutung, die den verwendeten Wörtern im täglichen Sprachgebrauch üblicherweise zukommt (so BGE 66 II 191 E. 3; vgl. auch BGE 97 II 74 E. 4).

3, -a) Unter einer Schlägerei bzw. einem Raufhandel ist nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch eine tätliche Auseinandersetzung von einer gewissen Geschlossenheit zu verstehen, die sich in einem zeitlich und örtlich begrenzten Rahmen abspielt. Es herrscht demnach Übereinstimmung mit den hauptsächlichen objektiven Merkmalen des strafrechtlichen Tatbestandes des Raufhandels im Sinne von Art. 133 StGB (vgl. dazu AUFDENBLATTEN, Die Beteiligung am Raufhandel, Diss. Bern 1955, S. 52 ff.).

b) Der Ausschluss der bei einer Schlägerei oder einem Raufhandel erlittenen Verletzungen aus dem Versicherungsschutz ist offensichtlich darin begründet, dass die Beklagte nicht für Beklagten nicht gedeckt. Dies führt zur Gutheissung der Beru-

fung und zur Abweisung der Klage. Das Eventualbegehren der Beklagten, die Klage sei in der Höhe eines Viertels der Versicherungssumme gutzuheissen, wird dadurch gegenstandslos, wes-

halb es sich erübrigt, zur Frage seiner Zulässigkeit Stellung zu

als Raufhandel oder Schlägerei zu bezeichnen ist. Der Tod von Ramon Martinez Lobato ist somit durch die Versicherung der

ein Ganzes dar, das nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch

Auseinandersetzung und dem tödlichen Stich vergingen nach

den Feststellungen der Vorinstanz nur einige Minuten und die beiden Vorfälle trugen sich im gleichen Gebäude, nur wenige

len zu bejahen, denn zwischen der ursprünglichen tätlichen

Meter voneinander entfernt zu. Dass für Arif Limani, Gonzalo

Pedraz und Florentino Martinez die Feindseligkeiten mit dem Rückzug der Streitenden in verschiedene Räume beendet nahmen trafen und insbesondere die Küchentüre unverriegelt

liessen, ist entgegen der Ausfassung der Vorinstanz unerheb-

lich.

waren und dass die Spanier denn auch keine Sicherheitsmass-

- Die tätliche Auseinandersetzung zwischen Sukri Serifi und den drei Spaniern und der Messerstich Serifis, durch den der Sohn der Kläger getötet wurde, stellen nach dem Gesagten

Versicherungsvertrag - Nº 47

Die Parteien weisen übereinstimmend darauf hin, dass Serifi iatrischen Klinik Rheinau in einem durch Gewalteinwirkungen habe. Zugunsten der Kläger lässt sich daraus indessen nichts Rechtserheblichkeit des Kausalzusammenhanges ohne Belang (vgl. BGE 80 II 344; im gleichen Sinne auch BGE 103 IV 291 f. den Sohn der Kläger gemäss Gutachten der kantonalen Psychbei der vorangegangenen tätlichen Auseinandersetzung verursachten Dämmerzustand erstochen habe und dass es sich bei ableiten, denn Hiebe, wie sie Serifi bei der Auseinandersetzung mit Ramon Martinez Lobato, dessen Bruder Eleuterio und Gonzalo Pedraz eingesteckt hatte, sind nach dem gewöhnlichen aus geeignet, einen Menschen die Selbstbeherrschung verlieren lung der psychischen Verfassung Serifis, genau so abspielen Sohn der Kläger bewusst getötet habe oder nicht, ist für die dieser Tat nicht um eine bewusste Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Kampfes, nicht um eine bewusste Rache gehandelt Lauf der Dinge und der allgemeinen Lebenserfahrung durchzu lassen und dazu zu bringen, dass er seine Gegner im Raum, in den sie sich zurückgezogen haben, mit einem Messer bewaffnet aufsucht, auf sie einsticht und dabei einen von ihnen tödlich würden, wie es in Wirklichkeit geschehen ist, und ob Serifi den verletzt. Ob bis in alle Einzelheiten vorauszusehen gewesen sei, dass sich die Ereignisse, insbesondere hinsichtlich der Entwick-E. 2 mit Hinweis)

heit. Bei objektiver Betrachtung des äusseren Ablaufs und der Entwicklung der psychischen Verfassung Serifis ist jedoch diese c) Ein rechtserheblicher Zusammenhang zwischen der tätlimerzustand Serifis führte, und dem tödlichen Messerstich reicht allerdings nicht aus, das ganze Geschehen als Schlägerei oder des Raufhandels ist auch eine zeitliche und örtliche Einchen Auseinandersetzung, die zur Verletzung und zum Dämbzw. als Raufhandel zu qualifizieren. Merkmal der Schlägerei Einheit hier trotz der vorübergehenden Trennung der Streiten-

# VII. VERFAHREN PROCÉDURE

48. Auszug aus dem Urteil der II. Zivilabteihung vom 4. November 1978 i.S. Hadorn gegen Fischer

Art. 48 Abs. 1 OG; Berufungsfähigkeit von Teilurteilen. Feilurteile sind grundsätzlich nicht berufungsfähig. Ausnahmsweise ist

edoch auf Berufungen gegen Urteile einzutreten, durch die einzelne gemacht werden können und deren Beurteilung für den Entscheid Begehren, die zum Gegenstand eines besonderen Prozesses hätten über die anderen Begehren präjudiziell ist, endgültig erledigt werden.